

Wissenswirtschaft

korrigierte Version



Bericht von Alexander Schiersch und Martin Gornig

Eurozone: Konvergenz bei Spitzentechnologien,
Divergenz bei wissensintensiven Dienstleistungen 3

Interview mit Alexander Schiersch

»Deutschlands Technologiestärke
geht nicht zu Lasten der anderen Euroländer« 10

Bericht von Stefan Bach und Markus M. Grabka

Parteianhänger:
Wohlhabende neigen zu Union und FDP –
und zu den Grünen 11

Am aktuellen Rand Kommentar von Claudia Kemfert

Und ewig grüßt das Murmeltier:
Warum das EEG nicht abgeschafft werden darf 20



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
80. Jahrgang
11. September 2013

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Guido Baldi
Prof. Dr. Pio Baake

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Jede Woche liefert der Wochenbericht einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Der Wochenbericht richtet sich an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit Informationen und Analysen aus erster Hand.

Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Jahresabo zum Vorzugspreis: Der Wochenbericht zum Preis von 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand), gegenüber dem Einzelpreis von 7 Euro sparen Sie damit mehr als 40 Prozent.

Studenten-Abo: Studenten können den Wochenbericht bereits zum Preis von 49,90 Euro im Jahr abonnieren.

Probe-Abo: Sie möchten den Wochenbericht erst kennenlernen? Dann testen Sie sechs Hefte für nur 14,90 Euro.

Bestellungen richten Sie bitte an den

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
Tel. (01806) 14 00 50 25,
20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz,
60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz
leserservice@diw.de

Weitere Fragen?

DIW Kundenservice:

Telefon (030) 89789-245
kundenservice@diw.de

Abbestellungen von Abonnements
spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

RÜCKBLIQUE: IM WOCHENBERICHT VOR 40 JAHREN



Zur Reform des Weltwährungssystems

Erleichterung des Zahlungsbilanzausgleichs

Seit Jahren wird eine Reform unseres Weltwährungssystems vorbereitet. In kleinerem Rahmen gab es schon mehrere Schritte zur institutionellen Erneuerung des Bretton-Woods Systems. Hierzu gehören die „Allgemeinen Kreditvereinbarungen“ (1962), die Einführung der Sonderziehungsrechte (1968) und die Erweiterung der Bandbreite der Wechselkurse (1971). Die Vorentscheidung für die große – umfassende – Reform stehen auf der Tagesordnung der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) Ende September in Nairobi. Die Praxis hat eine Reform freilich zum Teil vorweggenommen:

- Währungen floaten separat;
- Der europäische Währungsblock hat ein Multiwährungs-Interventionssystem;
- Das Federal Reserve System stützt selbst den Dollarkurs.

Der neue IWF-Vertrag wird die heutige Praxis zum großen Teil sanktionieren. Ein besonderes Problem ist die Verbesserung des Anpassungsprozesses bei Zahlungsbilanzungleichgewichten.

Es ist keine Eigenschaft des Währungssystems selber, wenn der Prozeß des Zahlungsbilanzausgleichs gut funktioniert. Allein entscheidend ist, daß die speziellen Spielregeln des jeweiligen Systems von den Entscheidungsträgern eingehalten werden.

Wochenbericht Nr. 37 vom 13. September 1973

Eurozone: Konvergenz bei Spitzentechnologien, Divergenz bei wissensintensiven Dienstleistungen

Von Alexander Schiersch und Martin Gornig

Die Wirtschaft der Eurozone ist stark auf forschungsintensive Industrien spezialisiert. In den einzelnen Euroländern ist die Bedeutung dieser Branchen sehr unterschiedlich, besonders groß ist sie in Deutschland. Anders als in der aktuellen Diskussion zum Teil unterstellt, hat die Einführung des Euros allerdings nicht zu einer Zunahme der Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern geführt. Im Gegenteil, bei den Branchen der Spitzentechnologie wie der Pharmazie, der EDV und der Messtechnik ist sogar eine deutliche Konvergenz über die Länder der Eurozone hinweg erkennbar.

Bei wissensintensiven Dienstleistungen haben dagegen die nationalen Unterschiede seit der Einführung des Euro eher zugenommen. Dies liegt vor allem an der starken und weiter zunehmenden Ausrichtung auf wissensintensive Dienstleistungen von Ländern wie Luxemburg, den Niederlanden und Irland. Deutschland weist innerhalb der Eurozone eine durchschnittliche Spezialisierung auf wissensintensive Dienstleistungen auf.

Im Zeitalter der Globalisierung kommt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eine herausragende Bedeutung zu. Für entwickelte Volkswirtschaften wie der Deutschlands spielt dabei die reine preisliche Wettbewerbsfähigkeit eine immer geringere Rolle. Vielmehr ist es mehr und mehr die Innovationskraft, die den Erfolg auf den internationalen Märkten bestimmt. Traditionelle Indikatoren wie Lohnstückkosten oder relative Steuer- und Abgabenbelastungen, die auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit abzielen, reichen dementsprechend zur Einschätzung der Wettbewerbsposition nicht mehr aus. Es sind vielmehr Indikatoren einzubeziehen, mit denen sich die technologische Leistungsfähigkeit von Volkswirtschaften bewerten lässt.

Die Expertenkommission Forschung und Innovation der Bundesregierung legt jährlich einen umfassenden Bericht zur Bewertung der technologischen Leistungsfähigkeit vor.¹ Er basiert auf einer Reihe von Indikatorstudien. Im Rahmen dieser Studien hat auch das DIW Berlin unterschiedliche Indikatoren entwickelt, die Auskunft über die technologische Leistungsfähigkeit aus volkswirtschaftlicher Sicht im internationalen Vergleich geben.² Ein zentraler Indikator ist die Spezialisierung der Volkswirtschaften auf wissensintensive Wirtschaftszweige. Zu diesen Sektoren zählen Industrien mit relativ hohen (Hochtechnologie) oder sehr hohen (Spitzentechnologie) Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen sowie Dienstleistungen mit überdurchschnittlichem Humankapitaleinsatz (Kasten).

Der vorliegende Bericht konzentriert sich auf die Darstellung der Spezialisierung auf wissensintensive Sektoren anhand der Wertschöpfungsanteile, die diese Sek-

¹ Expertenkommission für Forschung und Innovation (EFI) (2013): Jahresgutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2013. www.e-fi.de/gutachten.html.

² Gornig, M., Mölders, F., Schiersch, A. (2013): Bedeutung der Wissenswirtschaft im Euroraum und in anderen Industrienationen. In: Schiersch, A., Gehrke, B.: FuE-intensive Industrien und wissensintensive Dienstleistungen im internationalen Vergleich, Studien zum deutschen Innovationssystem. 07/2013, Expertenkommission Forschung und Innovation (Hrsg.), Berlin.

toren in wichtigen Industrieländern erreichen. Datenbasis für die Berechnung der Wertschöpfungsanteile sind die Angaben der Socio-Economic Accounts (SEA) der World Input Output Database (WIOD).

Deutschland weist im internationalen Vergleich eine hohe Spezialisierung auf die Wissenswirtschaft auf (Abbildung 1). Im Jahr 2010 entfielen gut 45 Prozent der Wertschöpfung auf wissensintensive Sektoren. In den USA waren es 43 Prozent. Ausschlaggebend für den Anteilvorsprung Deutschlands ist die hohe Spezialisierung auf die Hochtechnologiebranchen in der Industrie wie den Straßenfahrzeugbau, den Maschinenbau, die Elektrotechnik und die Chemie. Die Bedeutung dieser Branchen ist mit steigender Tendenz in Deutschland fast viermal so hoch wie in den USA. Auch bei den Industriesektoren der Spitzentechnologie wie der Pharmazie, der Messtechnik und der EDV konnte Deutschland gegenüber den USA immer mehr Boden gutmachen. In der Zeit zwischen 2007 und 2010 war der Einbruch allerdings in Deutschland deutlich stärker als in den USA. Gleichzeitig nahm der relative Anteilvorsprung der USA gegenüber Deutschland bei den wissensintensiven Dienstleistungen von 2000 bis 2010 leicht ab.

Gegenüber Japan ist eine noch deutlich höhere Spezialisierung Deutschlands auf die Wissenswirtschaft festzustellen. Der Wertschöpfungsanteil wissensintensiver Sektoren lag 2010 in Japan bei 36 Prozent. Das war rund

ein Fünftel weniger als in Deutschland. Ihren Niederschlag finden dabei geringere Anteile der industriellen Hochtechnologiebranchen und der wissensintensiven Dienstleistungen in Japan. Lediglich im Bereich der Spitzentechnologien sind die sektoralen Anteile in Japan höher als in Deutschland. Im Lauf der Zeit ist die Differenz aber immer kleiner geworden. Lag im Jahr 2000 der Wertschöpfungsanteil in Deutschland noch ein Viertel unter dem japanischen Vergleichswert, war es 2010 nur noch gut ein Zehntel.

Als größte Volkswirtschaft in der Europäischen Union prägt Deutschland auch das industrielle Spezialisierungsprofil der EU und der Eurozone.³ Der Anteil von Spitzentechnologiebranchen ist in Deutschland um gut 40 Prozent und der der Hochtechnologiebranchen sogar um fast 80 Prozent höher als im Durchschnitt der Eurozone. Die Bedeutung wissensintensiver Dienstleistungen ist dagegen seit Jahren in Deutschland ähnlich hoch wie im Durchschnitt der Eurozone.

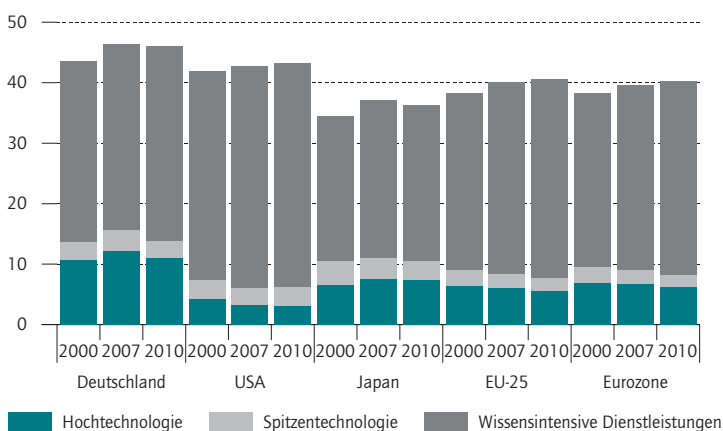
Im Verlauf der Eurokrise ist die Frage aufgeworfen worden, ob Deutschland seine starke Stellung innerhalb der Währungszone – nicht zuletzt in der Wissenswirtschaft – auf Kosten anderer Länder ausgebaut hat. Wäre dem so, müsste die Heterogenität der technologischen Leistungsfähigkeit zwischen den einzelnen Ländern in den zurückliegenden Jahren gestiegen sein. Anhand der Wertschöpfungsanteile der Wissenswirtschaft in den Euroländern wird im Folgenden geprüft, ob die Heterogenität zwischen den Ländern von 2000 bis 2010 eher zugenommen hat (Divergenz) oder ob im gemeinsamen Währungsraum die Unterschiede abgenommen haben (Konvergenz).

Unterschiedliche Bedeutung der Wissenswirtschaft in den Ländern der Eurozone

Das Spezialisierungsprofil der Eurozone und die Heterogenität zwischen den einzelnen Ländern haben sich in den drei Untergruppen der Wissenswirtschaft unterschiedlich entwickelt. Abbildung 2 zeigt die Wertschöpfungsanteile der Euroländer in den spitzentechnologischen und hochtechnologischen Industrien sowie den wissensintensiven Dienstleistungen in den Jahren 2000 und 2010. Dargestellt sind die Abweichungen der nationalen Anteile vom gewichteten Mittelwert der Eurozone. Die grauen Linien zeigen den um die Standardabweichung reduzierten beziehungsweise erhöhten Mittelwert. Länder mit Werten oberhalb oder unterhalb dieser Linien weichen besonders deutlich vom Mittel der Eurozone und dem Großteil der Länder ab.

Abbildung 1

FuE-intensive Industrien und wissensintensive Dienstleistungen Anteile an der Wertschöpfung in Prozent



Quelle: WIOD-SEA (2012); OECD STAN (2012); Eurostat (2012); UNSD (2012); Ministry of Economic, Trade & Industry Japan (2012); U.S. Bureau of Economic Analysis (2012); Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Deutschland ist stark auf Hochtechnologiebranchen in der Industrie spezialisiert.

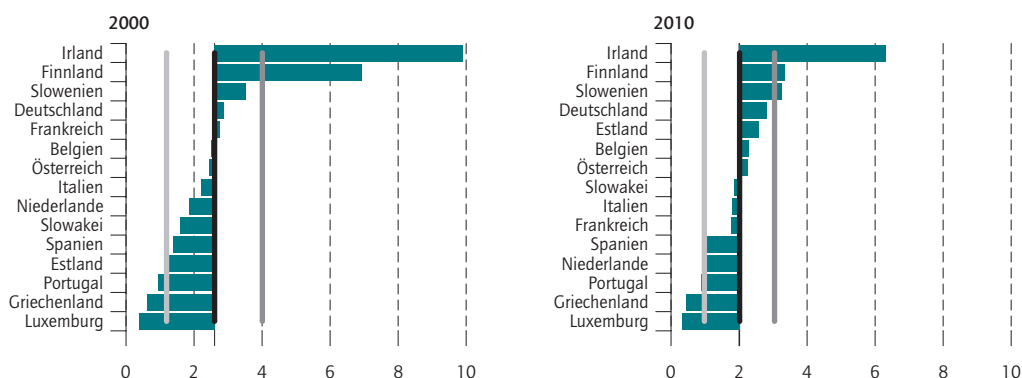
3 Ohne Malta und Zypern.

Abbildung 2

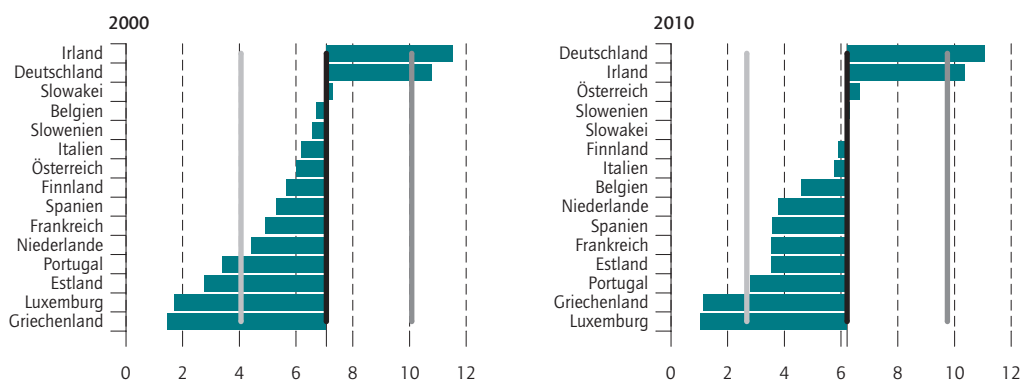
Wertschöpfungsanteile nach Wirtschaftsbereichen in den Euroländern

In Prozent

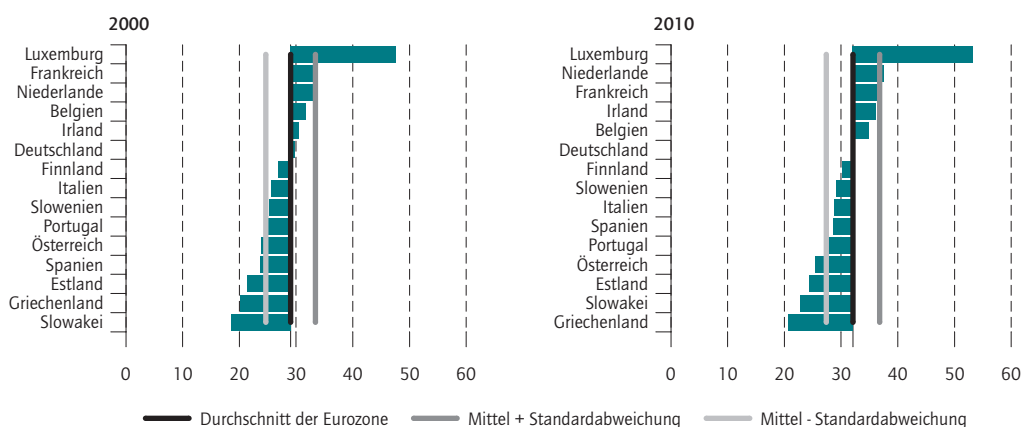
Spitzentechnologie



Hochtechnologie



Wissensintensive Dienstleistungen



Quelle: WIOD-SEA (2012); OECD STAN (2012); Eurostat (2012); UNSD (2012); Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

Bei der Bedeutung der Spitzentechnologie sind die nationalen Unterschiede geringer geworden.

Kasten

Abgrenzung der Wissenswirtschaft

Der Begriff Wissenswirtschaft umfasst die Bereiche forschungsintensive Industrien und wissensintensive Dienstleistungen. Die Zuordnung einzelner Sektoren erfolgt auf Basis der NIW/Fraunhofer ISI-Listen 2006.¹ Die forschungsintensive Industrie setzt sich dabei aus den spitzentechnologischen Sektoren und den Sektoren der hochwertigen Technologien zusammen. Die Abgrenzung erfolgt über den Anteil der internen FuE-Aufwendungen am Umsatz. Dabei gelten folgende Grenzen:

Die Spitzentechnologie umfasst Güter mit einem Anteil interner FuE-Aufwendungen am Umsatz von über sieben Prozent.

Die hochwertige Technologie (Hochtechnologie) umfasst Güter mit einem Anteil der internen FuE-Aufwendungen am Umsatz zwischen 2,5 und sieben Prozent.

¹ Legler, H., Frietsch, R. (2007): Neuabgrenzung der Wissenswirtschaft, forschungsintensive Industrien und wissensintensive Dienstleistungen NIW/ISI-Listen 2006. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 22-2007, Expertenkommission Forschung und Innovation (Hrsg.), Berlin.

Aus diesen Kriterien folgt für das verarbeitende Gewerbe, dass die Pharmaindustrie (WZ 2423), die EDV (WZ 30), die Nachrichtentechnik (WZ 32), die Medizin- und Messtechnik (WZ 33) und die Luft- und Raumfahrt (WZ 353) den spitzentechnologischen Sektoren zuzuordnen sind. Die Chemie (WZ 24 ex2423), der Maschinenbau (WZ 29), Elektrogeräte (30), der Kraftfahrzeugbau (WZ 34) und der sonstige Fahrzeugbau (WZ 352, 359) werden den hochtechnologischen Sektoren zugeordnet.

Im Dienstleistungssektor erfolgt die Abgrenzung der Sektoren nicht über die internen Forschungsaufwendungen, sondern über den Anteil der hoch qualifizierten Beschäftigten. Sektoren, in denen zum einen der Anteil der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss mehr als elf Prozent beträgt und zum anderen mehr als 4,5 Prozent der Erwerbstätigen Naturwissenschaftler und Ingenieure sind, zählen zu den wissensintensiven Dienstleistungssektoren. Diese umfassen das Verlags- und Druckgewerbe (WZ 22), Nachrichtenübermittlung (WZ 64), das Kredit- und Versicherungsgewerbe (WZ 65-67), die Datenverarbeitung (WZ 72), Forschung und Entwicklung (WZ 73), die Unternehmensorientierten Dienste (WZ 74), Gesundheit und Soziales (N) sowie Kultur, Unterhaltung und Sport (WZ 92).

Die Heterogenität hinsichtlich der spitzentechnologischen Sektoren ist bei einer Spannweite von 9,5 Prozentpunkten und einem Mittelwert von nur 2,6 Prozent im Jahr 2000 relativ hoch. Dies ist Resultat der sehr hohen Wertschöpfungsanteile in Irland und Finnland einerseits und der sehr geringen Bedeutung der spitzentechnologischen Industrien in Luxemburg oder Griechenland andererseits.

Der hier betrachtete Zeitraum war dadurch gekennzeichnet, dass die Spannweite der Wertschöpfungsanteile zwischen den Euroländern deutlich auf sechs Prozentpunkte abnahm. Maßgeblich hierfür war der deutliche Rückgang des irischen Wertschöpfungsanteils von etwa zehn Prozent im Jahr 2000 auf rund sechs Prozent im Jahr 2010. Auch wenn die nominale Wertschöpfung 2010 deutlich unter dem Vorkrisenniveau lag, ist dieser Rückgang nicht ursächlich auf die Krise zurückzuführen. Vielmehr sinkt der Wertschöpfungsanteil der irischen spitzentechnologischen Sektoren bereits seit 1999. Zeitweilig lag er sogar unter sechs Prozent. Bemerkenswert ist auch die Entwicklung in Frankreich und den Niederlanden, wo die Wertschöpfungsanteile der spitzentechnologischen Industrien um etwas mehr als einem Drittel beziehungsweise fast die Hälfte schrumpften. Nur in Finnland fiel der relative Rückgang noch stärker aus.

Hier ist es vor allem der Sektor Nachrichtentechnik, der zwischen 2009 und 2010 deutlich verlor.

Von der allgemein negativen Entwicklung abweichend wuchsen die Wertschöpfungsanteile der spitzentechnologischen Industrien in Estland und der Slowakei. Aufgrund dieser Anteilsgewinne bei gleichzeitigem Rückgang der Wertschöpfungsanteile in Finnland und Irland kann für die spitzentechnologischen Industrien ein leichtes absinken der Heterogenität angenommen werden.

Ein weiteres Indiz hierfür ist die Zusammensetzung der beiden Ländergruppen mit überdurchschnittlichen und unterdurchschnittlichen Anteilswerten der Spitzentechnologiebranchen. Auf den ersten Blick finden sich zu beiden Zeitpunkten stets nur nordeuropäische Länder in der Gruppe mit überdurchschnittlichen Anteilen. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass Deutschland aufgrund seines Gewichts den Wertschöpfungsanteil der spitzentechnologischen Sektoren in der Eurozone deutlich nach oben verschiebt. Zwar ändert sich bei Berücksichtigung dieses Effekts am vorherigen Bild für das Jahr 2000 nichts – zusätzlich weist nur Belgien einen überdurchschnittlichen Wert auf. Jedoch ändert sich der Befund für das Jahr 2010. Unter Vernachlässigung Deutschlands läge das Mittel der Eurozone

im Jahr 2010 bei 1,7 Prozent, womit etwa auch Italien und Frankreich überdurchschnittliche Werte aufweisen. Da zudem die Niederlande und Luxemburg stets in die Gruppe mit unterdurchschnittlichen Anteilen fallen, sie sogar stets unter der unteren Grenze liegen, kann die bestehende Heterogenität auch nicht vereinfacht auf ein Nord-Süd-Gefälle reduziert werden.

Mit einer Spannweite der Wertschöpfungsanteile der hochtechnologischen Industriesektoren von zehn Prozentpunkten, bei einem Mittelwert von etwa sieben Prozent, ist die Heterogenität im Euroraum im Jahr 2000 nicht ganz so ausgeprägt wie bei der Spitzentechnologie. Allerdings sinkt die Spannweite zwischen den nationalen Werten bei der Hochtechnologie im Zeitablauf nicht. Hierfür sind Deutschland und Irland auf der einen Seite sowie Griechenland und Luxemburg auf der anderen Seite verantwortlich, deren jeweilige Anteile sich zum Teil gegenläufig entwickeln.

Dies ist Teil einer generellen Entwicklung, die den Beobachtungszeitraum kennzeichnet. Zum einen steigt die Bedeutung der hochtechnologischen Industrien in Deutschland, Finnland, Österreich und Estland. Überraschend dabei ist, dass es sich im Wesentlichen um westeuropäische Länder und nicht um die drei osteuropäischen Aufholländer handelt. Zum anderen verlieren die hochtechnologischen Industrien in den übrigen Staaten an Bedeutung, auch in wirtschaftlich wichtigen Ländern wie Spanien und Frankreich, aber auch Belgien.⁴ Dies kann nur teilweise auf die wirtschaftlichen Einbrüche des Jahres 2009 zurückgeführt werden. Vielmehr sank die Bedeutung dieser Sektoren in allen drei Ländern seit mindestens 1999.

Wie bei den Spitzentechnologien finden sich 2000 und 2010 in den beiden Ländergruppen mit über- beziehungsweise unterdurchschnittlichen Anteilen von Hochtechnologiebranchen sowohl süd- als auch nordeuropäische Länder, auch wenn nordeuropäische Länder in der ersten Gruppe ein Übergewicht haben. In dieser Hinsicht gibt es somit kein Anzeichen für ein Anwachsen der Heterogenität. Zugleich ist aber auch keine entgegengesetzte Bewegung auszumachen. In einem Teil der Länder mit überdurchschnittlichen Wertschöpfungsanteilen⁵ wie Irland, der Slowakei, Belgien, Slowenien und Italien sank die Bedeutung der hochtechnologischen Sektoren. Zugleich nahm sie in Finnland und Österreich, die im Jahr 2000 ebenfalls überdurchschnittliche Werte aufwiesen, zu.

Eine deutliche Heterogenität zwischen den Euroländern findet sich auch bei den wissensintensiven Dienstleistungen. Im Jahr 2000 reichte die Spannweite der Wertschöpfungsanteile von rund 48 Prozent in Luxemburg bis 19 Prozent in der Slowakei.⁶ Wird jedoch der deutlich abweichende Wert Luxemburgs vernachlässigt, beträgt die Spannweite bei einem Mittelwert von 29 Prozent nur noch 15 Prozentpunkte. Allerdings nahm sie – wieder unter Vernachlässigung Luxemburgs – bis 2010 auf etwa 17 Prozentpunkte zu.

Anders als die spitzen- und hochtechnologischen Industriebranchen haben die wissensintensiven Dienstleistungen in allen Ländern an Bedeutung gewonnen. Dabei sticht am oberen Rand Spanien hervor, wo der Anteil dieser Dienstleistungen um ein Fünftel beziehungsweise rund fünf Prozentpunkte zunahm. Bleibt Griechenland mit den geringsten Zuwächsen unberücksichtigt, sind es insbesondere Deutschland und Österreich, die einen vergleichsweise schwachen Zuwachs zu verzeichnen haben.

Der Bedeutungszuwachs der wissensintensiven Dienstleistungen ist jedoch nicht derart, dass die Länder mit unterdurchschnittlichen Anteilen im Jahr 2000 besonders kräftig zulegten, während die übrigen Länder eher unterdurchschnittliche Wachstumsraten aufwiesen. Vielmehr finden sich in der Gruppe der Länder mit einem überdurchschnittlichen Wachstum gleichermaßen Länder, die im Jahr 2000 relativ hohe beziehungsweise niedrige Wertschöpfungsanteile wissensintensiver Dienstleistungen aufwiesen. Gleiches gilt umgekehrt für die Gruppe der Länder, in denen die Wertschöpfungsanteile langsamer wuchsen als im Durchschnitt.

Insgesamt zeigt sich anhand der Wertschöpfungsanteile forschungsintensiver Industrien und wissensintensiver Dienstleistungen, dass es im Jahr 2000 in der Eurozone eine mehr oder minder deutliche Heterogenität der technologischen Leistungsfähigkeit gab. Es finden sich jedoch keine eindeutigen Hinweise darauf, dass die Heterogenität erheblich zugenommen hat. Die Darstellung hat indes auch gezeigt, dass die Bewertung zum Teil durch Länder getrieben wird, deren Gewicht in der Eurozone begrenzt ist. Das betrifft zum Beispiel Luxemburg, Griechenland oder Finnland.

Entwicklung der Heterogenität zwischen den Euroländern

Ein einfacher Indikator für die Beurteilung der Heterogenität, der zugleich dem Gewicht der einzelnen Beob-

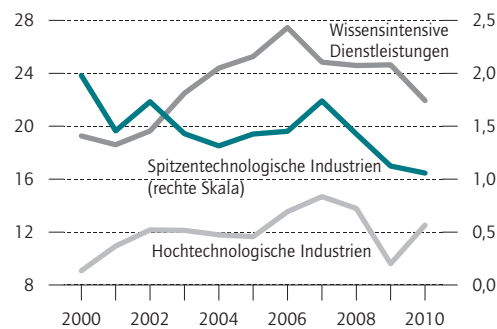
⁴ Dies gilt sowohl absolut, also in Prozentpunkten, als auch – unter Vernachlässigung Luxemburgs – relativ, also im Verhältnis zum Ausgangsniveau im Jahr 2000.

⁵ Bei Vernachlässigung Deutschlands lag das Euromittel im Jahr 2000 bei 5,4 Prozent.

⁶ Der sehr hohe Wert für Luxemburg ist vor allem geprägt durch die hohe Bedeutung des Finanzsektors.

Abbildung 3

Gewichtete Varianz der Wertschöpfungsanteile wissenswirtschaftlicher Sektoren in den Euroländern



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Es gibt keine Divergenz in der Bedeutung der Wissenswirtschaft.

achtungen Rechnung trägt, ist die gewichtete Varianz. Dies ist ein Verteilungsmaß, das auf den Abstand der Beobachtungen zum Mittelwert abstellt. Eine sinkende Varianz deutet auf eine Reduzierung der Unterschiede zwischen den Beobachtungen und somit auf Konvergenz hin. Steigt die Varianz hingegen, so nehmen die Abweichungen vom Mittelwert zu, und es kann eine Zunahme der Differenzen zwischen den Ländern konstatiert werden.

Die Varianz für die wissensintensiven Dienstleistungen zeigt einen deutlichen Anstieg bis zum Jahr 2006 (Abbildung 3). Danach fiel sie zwar leicht, lag aber 2010 noch über dem Niveau der Jahrtausendwende. Dies kann als Bestätigung der schon mit Blick auf Abbildung 2 konstatierten leichten Zunahme der Unterschiede zwischen den Ländern betrachtet werden. Ebenfalls eine leicht positive Entwicklung findet sich für die hochtechnologischen Industrien. Der Zuwachs geht jedoch im Wesentlichen auf die Jahre 2001 und 2002 zurück. Anschließend liegt der Wert bei etwa zwölf Prozentpunkten. In diesem Fall deutet die Varianz auf eine leichte Zunahme der Heterogenität in den ersten beiden Jahren des Beobachtungszeitraums hin. Allerdings gibt es keinen Trend. Wird die Varianz als Bewertungsgrundlage herangezogen, muss also für die hochtechnologischen Sektoren eher von einer anhaltenden, aber nicht wachsenden Heterogenität ausgegangen werden. Demgegenüber ist die Varianz der spitzentechnologischen Sektoren nach einer zwischenzeitlichen Zunahme – deutlich gefallen. Lag der Wert im Jahr 2000 noch bei knapp zwei Prozentpunkten – bei einem Mittelwert von 2,6 Prozent – fiel er auf knapp einen Prozentpunkt im Jahr 2010 – bei einem Mittelwert von zwei Prozent. Dies deutet darauf hin, dass es beim Wertschöpfungsanteil der spitzen-

technologischen Sektoren zu einer stärkeren Konvergenz zwischen den Ländern der Eurozone gekommen ist.

Die Frage nach Konvergenz oder Divergenz hinsichtlich der technologischen Leistungsfähigkeit der Euroländer muss somit auf Basis der Varianzentwicklung mit einem „sowohl als auch“ beantwortet werden. Die Varianz ist jedoch nur einer der Ansätze für die Klärung dieser Frage. Ihr wesentlicher Nachteil ist, dass sie die Ausgangsposition der einzelnen Länder und ihre Entwicklung nicht explizit berücksichtigt.

Konvergenz oder Divergenz?

Um dem Rechnung zu tragen, wird auf das in der Literatur etablierte Konzept der β -Konvergenz zurückgegriffen.⁷ Hierbei werden die Kennzahlen der Ausgangsperiode – im vorliegenden Fall die Wertschöpfungsanteile – im Rahmen einer Regression den entsprechenden Werten zu einem späteren Zeitpunkt gegenübergestellt. Im Falle einer Konvergenz weisen die Länder mit niedrigeren Werten im Ausgangsjahr ein höheres Wachstum auf. Dies findet seinen Niederschlag in einem positiven Konvergenzfaktor β . Im Falle vollständiger Konvergenz nimmt das β den Wert 1 an. Bei einem β von 0 gibt es keinerlei Konvergenz, die Position der Länder zueinander hat sich nicht geändert. Wird der β -Faktor hingegen negativ, liegt Divergenz, also zunehmende Heterogenität, vor.⁸

Auch anhand dieses Maßes zeigen sich die unterschiedlichen Tendenzen in den verschiedenen Bereichen der Wissenswirtschaft (Tabelle). So steigt der β -Faktor für die spitzentechnologischen Sektoren ab dem Jahr 2002 und nimmt auch nach der Unterbrechung zwischen 2004 und 2007 bis zum Ende der Beobachtungsperiode weiter zu. Die gesamte Entwicklung ist statistisch hoch signifikant. Dies bestätigt die Interpretation der Varianz – es gibt Konvergenz hinsichtlich der Bedeutung der Spitzentechnologie in den Ländern der Eurozone.

Anders liegt der Fall bei den hochtechnologischen Industrien. In diesen gab es bis 2002 eine leichte Tendenz zur Divergenz. Von da an stiegen die β -Werte jedoch auf rund 0,15 im Jahr 2005 und verblieben auf diesem Niveau. Allerdings war am aktuellen Rand wieder ein Rückgang zu beobachten. Trotz leicht positiver β -Werte kann jedoch nicht von einer Konvergenztendenz gesprochen werden, da die β -Werte statistisch nicht signifikant sind. Für die hochtechnologischen Industrien muss da-

⁷ Sala-i-Martin, X.: The Classical Approach to Convergence Analysis. The Economic Journal 106 (1996), 1019–1036.

⁸ Im Konzept der β -Konvergenz ist eine unterschiedliche Bedeutung von Ländern nicht vorgesehen. In der Berechnung der Konvergenz haben damit alle Länder das gleiche Gewicht beziehungsweise die gleiche Bedeutung.

mit das Fehlen von Konvergenz konstatiert werden; es zeigt sich jedoch auch keine wachsende Heterogenität.

Der Blick auf die wissensintensiven Dienstleistungen bestätigt den Eindruck der wachsenden Divergenz. Ab 2002 gehen die β -Werte stetig bis auf $-0,17$ im Jahr 2006 zurück und zeigen damit eine wachsende Ungleichheit zwischen den Ländern in der Bedeutung wissensintensiver Dienstleistungen. Zwar erholt sich dieser Wert bis ins Jahr 2010 auf rund $-0,1$, er bleibt aber negativ. Dabei sind die β -Werte am aktuellen Rand auch – zumindest zum Zehn-Prozent-Niveau – statistisch signifikant. Daher ist auch im Rahmen der β -Konvergenz eine leichte Zunahme der Heterogenität zwischen den Euroländern bezüglich der Bedeutung der wissensintensiven Dienstleistungen zu konstatieren.

Fazit

Die Wirtschaft der Eurozone ist stark auf forschungsintensive Industrien spezialisiert. In den einzelnen Euroländern ist die Bedeutung dieser Industrien sehr unterschiedlich, besonders groß ist sie in Deutschland. Anders als in der aktuellen Diskussion zum Teil unterstellt, hat die Einführung des Euro allerdings nicht zu einer Zunahme der Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern geführt. Im Gegenteil, bei den Branchen der Spitzentechnologie wie der Pharmazie, der EDV und der Messtechnik ist sogar eine deutliche Konvergenz über die Länder der Eurozone erkennbar. Als Treiber der Konvergenz dürfte die durch die Euro-Einführung nochmals zugenommene Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen gewirkt haben. Auch dürfte die zunehmende Unternehmensvernetzung und der damit verbundene Technologietransfer eine wichtige Rolle gespielt haben.

Alexander Schiersch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistung am DIW Berlin | aschiersch@diw.de

Tabelle

Konvergenzfaktoren für die Wissenswirtschaft des Euroraums¹

	Spitzentechnologische Industrien	Hochtechnologische Industrien	Wissensintensive Dienstleistungen
2001	0,158***	-0,090**	0,058**
2002	0,119***	-0,186**	0,102***
2003	0,246***	-0,051	0,005
2004	0,328***	0,037	-0,018
2005	0,336***	0,150	-0,081
2006	0,347***	0,169	-0,172***
2007	0,322***	0,145	-0,127**
2008	0,366***	0,160	-0,103
2009	0,403***	0,158*	-0,105*
2010	0,459***	0,042	-0,092*

***, **, * = Signifikanz auf dem Ein-, Fünf- und Zehn-Prozent-Niveau.

¹ Betawerte mit Basisjahr 2000.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Konvergenz in der Spitzentechnologie ist statistisch hoch signifikant.

Bei wissensintensiven Dienstleistungen haben dagegen die nationalen Unterschiede seit der Einführung des Euro eher zugenommen. Ein Grund für die hohe Heterogenität bei den wissensintensiven Dienstleistungen dürfte die immer noch geringe internationale Vernetzung sein. So könnte sich die EU-Dienstleistungsrichtlinie und die einheitliche Währung eher im Bereich einfacher preissensibler Dienstleistungen ausgewirkt haben. Bei manchen wissensintensiven Dienstleistungen wie Gesundheit, Kultur oder Rechtsberatung überwiegen dagegen immer noch nationale Regulierungssysteme. Divergierende nationale Trends konnten sich hier wohl eher durchsetzen als Konvergenzeinflüsse aus der Harmonisierung durch die Euro-Einführung.

Martin Gornig ist stellvertretender Leiter der Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistung am DIW Berlin | mgornig@diw.de

EURO AREA: CONVERGENCE IN LEADING EDGE TECHNOLOGIES AND DIVERGENCE IN KNOWLEDGE-INTENSIVE SERVICES

Abstract: The euro area economy is heavily specialized in research-intensive industries. The significance of these branches varies dramatically across the euro area countries but they are particularly important in Germany. Recent debate implies, to a certain extent, that the introduction of the euro resulted in an increase in disparities between the individual countries. However, this is not the case. On the contrary, in certain leading technology industries such as pharmaceuticals, IT, and measurement technology, clear

convergence among the euro area countries can in fact be identified.

With regard to the knowledge-intensive service industries, however, the introduction of the euro has instead led to an increase in national disparities. This is mainly a result of the strong and increasing focus on knowledge-intensive services in countries such as Luxembourg, the Netherlands, and Ireland. Germany's level of specialization in knowledge-intensive services is only average compared to other euro area countries.

JEL: O52, O14, O30

Keywords: Knowledge economy, Eurozone, heterogeneity



Alexander Schiersch, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistung am DIW Berlin.

FÜNF FRAGEN AN ALEXANDER SCHIERSCH

»Deutschlands Technologiestärke geht nicht zu Lasten der anderen Euroländer«

1. Herr Schiersch, hat die forschungsintensive Industrie in Deutschland eine höhere Bedeutung als in anderen Ländern der Eurozone? Ja, eindeutig. Ein sehr hoher Anteil der Wertschöpfung wird in Deutschland in den Hochtechnologieindustrien, also zum Beispiel Maschinenbau und Automobilbau, erzeugt. In vielen anderen Industrieländern ist dieser Anteil wesentlich geringer. Wir sind in Deutschland bei etwa elf Prozent Wertschöpfungsanteil der hochtechnologischen Industrien, während es im Euromittel nur sechs Prozent sind.
2. Wie sieht es in den anderen großen Euroländern aus, zum Beispiel in Frankreich? Frankreich hatte 2010 einen Wertschöpfungsanteil von ungefähr bei 3,5 Prozent. Das ist sehr wenig, gerade verglichen mit Deutschland. Das liegt zum Teil daran, dass es einen Fokus auf die wissensintensiven Dienstleistungen hat. Nichtsdestotrotz ist es ein deutlicher Abstand zu Deutschland, und der wird auch nicht kleiner. Der Anteil der Hochtechnologie an der Gesamtwertschöpfung nimmt in Deutschland sogar eher noch zu, während er in Frankreich leicht fällt.
3. Wie ist die technologische Leistungsfähigkeit zu bewerten? Es gibt verschiedene Indikatoren, die das messen. Wenn Sie forschen und innovativ sind, wenn Sie Produkte entwickeln, Ihre Prozesse verbessern und damit erfolgreich sind, dann bezeichnen wir das als technologische Leistungsfähigkeit. Was wir an Forschung und Innovationsanstrengungen unternehmen, übersetzt sich in Produkte und Dienstleistungen, die am Markt erfolgreich sind und durch deren Verkauf die Wertschöpfung in Deutschland erzeugt wird. Und in dem Sinne liegt die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands durchaus über dem Eurodurchschnitt.
4. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern meistert Deutschland die Eurokrise relativ gut. Inwieweit hat das etwas mit dieser technologischen Leistungsfa-

higkeit zu tun? Man muss zwei Dinge unterscheiden: Zunächst gab es die weltweite Finanzkrise, die durch den Lehman-Schock ausgelöst wurde. Da ist Deutschland aufgrund seiner hohen Spezialisierung wesentlich stärker getroffen worden als andere Euroländer, weil wir diese großen Stückzahlen in der Automobilindustrie und im Maschinenbau nur absetzen können, wenn wir weltweit exportieren. Dieser Handel ist zusammengebrochen. Das ist die Kehrseite der hohen Spezialisierung. Aus dieser Krise sind wir aber sehr gut herausgekommen, weil Unternehmen, Gewerkschaften und der Staat an einem Strang gezogen haben, sodass wir ab 2010, in dem Moment wo die Weltwirtschaft wieder anzog, sofort wieder auf dem Weltmarkt aktiv werden konnten. Das hat dann zu den starken Wachstumsraten geführt. Die Eurokrise kam anschließend, und wenn ich einen wesentlichen Anteil meiner gesamten Wertschöpfung in diesen Bereichen erziele und dort erfolgreich bin, habe ich natürlich eine ganz andere Position, um mich auch auf umkämpften Märkten gerade jetzt in der Eurokrise durchzusetzen.

5. Hat Deutschland seine starke Stellung aufgrund seiner Technologiestärke auf Kosten der anderen Euroländer ausgebaut? Um das zu beantworten, müsste man sich eigentlich die einzelnen Märkte und Produktgruppen konkret angucken und Marktanteile vergleichen. Wenn dem so wäre, müsste aber die Hochtechnologieindustrie in den meisten Ländern massiv verloren haben. Wir sehen zwar Verluste bei einigen Ländern, aber nicht nur in Deutschland gewinnt die hochtechnologische Industrie an Wertschöpfungsanteilen, sondern beispielsweise auch in Österreich, Estland und Finnland. Insgesamt aber ist die große Heterogenität in der Eurozone mit Blick auf die hochtechnologische Industrie nicht signifikant gestiegen. Wenn aber Deutschland auf Kosten der anderen Länder gewonnen hätte, müsste diese Heterogenität zugenommen haben, und das sehen wir nicht.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Parteianhänger: Wohlhabende neigen zu Union und FDP – und zu den Grünen

Von Stefan Bach und Markus M. Grabka

Mit den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) kann der statistische Zusammenhang zwischen der Neigung von Personen zu politischen Parteien sowie deren Einkommen und Vermögen untersucht werden. Dabei zeigt sich, dass Besserverdiener und Wohlhabende zur Union und zur FDP neigen, aber auch überdurchschnittlich zu den Grünen. Ein umgekehrtes Bild ergibt sich für die SPD und vor allem für die Linke. Je geringer die Einkommen und Vermögen ausfallen, desto ausgeprägter ist die Anhängerschaft für diese beiden Parteien.

Steuer- und finanzpolitische Vorschläge der Parteien stehen im aktuellen Bundestagswahlkampf im Mittelpunkt und weisen große Unterschiede auf. Die bürgerlichen Parteien lehnen Steuererhöhungen für Wohlhabende ab, während die Parteien des linken politischen Spektrums sie fordern. Eine Sonderstellung nehmen Bündnis90/Die Grünen ein. Deren Steuerpläne würden auch einen nennenswerten Teil der eigenen Anhängerschaft treffen. Von den vorliegenden Reichensteuer-Plänen der Oppositionsparteien werden allerdings insgesamt nur die wohlhabendsten fünf Prozent der Bevölkerung nennenswert belastet.

Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie der Steuerlastverteilung haben in den politischen Diskussionen der vergangenen Jahre deutlich an Bedeutung gewonnen. Hintergründe dafür sind vor allem die gestiegene Ungleichheit bei den Einkommen und Vermögen sowie die steuerlichen Entlastungen für höhere Einkommen und Vermögen in den letzten 15 Jahren.¹

Im aktuellen Bundestagswahlkampf spielen – neben weiteren wichtigen Themen wie der Bildungs- oder Gesundheitspolitik – die steuer- und finanzpolitischen Vorhaben eine prominente Rolle. Die Oppositionsparteien schlagen höhere Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen vor, um mit dem Mehraufkommen öffentliche Leistungen auszubauen.² Die Regierungsparteien lehnen Steuererhöhungen mit Verweis auf die gute Haushaltslage ab. Die FDP schlägt dagegen vor, den Solidaritätszuschlag mittelfristig abzuschaffen. Wahlforscher führen die Schwäche der rot-grünen Opposition bei den aktuellen Umfragen nicht zuletzt auf die Diskussion um deren Pläne für Steuererhöhungen zurück.³

Klassische Ansätze zur Erklärung von Parteineigung und Wahlverhalten bauen auf der Idee auf, dass Parteien sozialstrukturell definierte Gruppen wie Berufsgruppen oder Klassen repräsentieren und Parteianhänger oder Wähler die Parteien entsprechend ihrer Gruppenzuge-

¹ Grabka, M. M., Goebel, J., Schupp, J. (2012): Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten? DIW Wochenbericht Nr. 43/2012; Bach, S. (2013): Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2013; Anselmann, C., Krämer, H. M. (2012): Completing the Bathtub? The Development of Top Incomes in Germany, 1907-2007. SOEPpaper Nr. 451, DIW Berlin.

² Vgl. zum Folgenden die Wahlprogramme der Parteien sowie die Übersichten in: iw-dienst Nr. 8, 21. Februar 2013, 4; Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2013): Die Programme zur Bundestagswahl 2013 von SPD, Bündnis90/Die Grünen, Die LINKE, FDP und CDU/CSU. Köln, 10. Juli 2013.

³ Vgl. FAZ vom 19. Juni 2013, 8; FAS vom 4. August 2013, 21. Vgl. auch die intensive Medienresonanz zu den Steuerplänen der Grünen im April 2013, zum Beispiel Der Spiegel, 15/2013, 28.

hörigkeit unterstützen.⁴ Aus politik-ökonomischer Perspektive ist die Steuerpolitik von besonderem Interesse, da sie gleichermaßen laufend die wirtschaftlichen Ressourcen umverteilt als auch die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst. Parteien versuchen tendenziell, ihre Anhänger nicht durch zu hohe Belastungen zu verprellen beziehungsweise durch öffentliche Leistungen an sich zu binden, aber auch neue Wählerschichten zu mobilisieren.⁵ Neben den unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen spielen auch grundlegende weltanschauliche Vorstellungen, Präferenzen und Werte für die Parteineigung eine Rolle.

Im Deutschen Bundestag sind fünf politische Parteien etabliert, die unterschiedliche soziale Gruppen repräsentieren. Insofern ist der Gedanke naheliegend, dass auch die Einkommens- und Vermögenspositionen der Bürger für Parteineigung und Wahlentscheidung eine Rolle spielen, da Einkommen und Vermögen mit diesen Gruppenzugehörigkeiten korrelieren. Umgekehrt dürften auch die Parteien ihre Politik an den Interessen ihrer Zielgruppen ausrichten. Generell lassen die hier vorgestellten Analysen aber keine kausalen Aussagen zu, weder in die eine noch in die andere Richtung.

Vor diesem Hintergrund wird hier untersucht, wie sich die Parteineigung der Einkommens- und Vermögensgruppen unterscheidet. Datengrundlage ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP).⁶ In dieser jährlichen Wiederholungsbefragung, die von TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag des DIW Berlin durchgeführt wird, werden die Teilnehmer auch nach ihren Parteipräferenzen gefragt (Kasten). Die große Fallzahl der Stichprobe sowie die detaillierte Erfassung des Haushaltseinkommens erlauben eine Auswertung bis zum reichsten einen Prozent der Bevölkerung. Ferner wird im SOEP in regelmäßigen Abständen das Vermögen der Teilnehmer erhoben. Aufbereitete Daten zum Vermögen liegen derzeit zwar nur für das Jahr 2007 vor; aber mit signifikanten Veränderungen im Hinblick auf den hier untersuchten Zusammenhang ist nach diesem Stichjahr nicht zu rechnen.

⁴ Vgl. Lazarsfeld, P.F., Berelson, B.R., Gaudet, H. (1944): *The People's Choice: How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign*. New York, 1-28; Lipset, S. M., Rokkan, S. (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction*. In: Dies. (Hrsg.). *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. New York, 1-64.

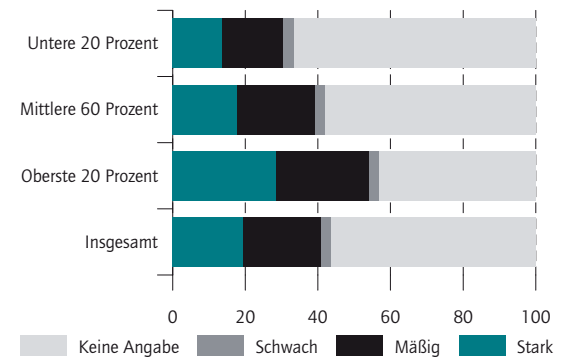
⁵ Vgl. dazu Mueller, D. C. (2003): *Public Choice III*. Cambridge; sowie Mueller, D. C. (1996): *Perspectives on Public Choice: A Handbook*. Cambridge.

⁶ Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich durchgeführt wird; vgl. Wagner, G. G. et al. (2008): *Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland - Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender)*. *ASTA Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Archiv* 2 (4), 301-328.

Abbildung 1

Intensität der Parteipräferenz nach Höhe des Haushaltsnettoeinkommens¹ 2009 bis 2011

In Prozent



¹ Haushaltsnettoeinkommen äquivalenzgewichtet mit neuer OECD Skala. Personen ab 18 Jahre.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel SOEPv28.1; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Parteipräferenzen sind bei hohen Einkommen ausgeprägter.

Die Parteibindung, wie sie im SOEP erfragt wird, ist nicht gleichzusetzen mit der aktuellen Wahlabsicht, die in den laufenden Umfragen der Wahlforscher erhoben wird (Sonntagsfrage). Die Parteibindung repräsentiert eine tiefergehende Neigung zu einer Partei und nicht die aktuelle Stimmung. Von allen wahlberechtigten Befragten im SOEP (ohne Befragte unter 18 Jahre und mit nicht deutscher Staatsbürgerschaft) machen lediglich 46 Prozent Angaben über eine konkrete Parteibindung⁷ (Abbildung 1). Dabei zeigt sich, dass die Parteineigung deutlich vom Einkommen abhängt.

Bei der Bundestagswahl 2009 lag die Wahlbeteiligung bei gut 70 Prozent, bei früheren Bundestagswahlen war sie noch deutlich höher. Zwar dürften Parteipräferenz sowie Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung längerfristig eng miteinander verbunden sein. Bei aktuellen Wahlentscheidungen kann sich die tatsächliche Wählerschaft einer Partei aber strukturell von den Anhängern einer Partei unterscheiden. Die sogenannten Leihstimmen für die FDP sind dafür ein Musterbeispiel. Diese Zusammenhänge müssen hier vernachlässigt werden. Die folgenden Aussagen beziehen sich ausschließlich auf die beobachteten Parteianhänger, nicht auf die gesamte Wählerschaft.

⁷ Zu einer detaillierten Analyse der Entwicklung der Parteidentifikation auf Basis des SOEP siehe Kohler, U. (2002): *Der demokratische Klassenkampf - Zum Zusammenhang von Sozialstruktur und Parteipräferenz*. Frankfurt am Main, New York.

Kasten

Messung von Parteibindung, Einkommen und Vermögen im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP)

Die verwendeten Informationen zur Parteipräferenz im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) basieren auf dem Konzept der langfristigen Parteibindung. Diese ist zu unterscheiden von der tatsächlichen Wahlentscheidung oder der sogenannten Sonntagsfrage, mit der bei Umfragen versucht wird, die aktuelle Wahlabsicht zu erfassen und damit die aktuelle Stimmungslage zu beschreiben. Die Parteibindung gibt stattdessen eher stabile Neigungen bezüglich der Anhängerschaft von Parteien wieder.¹

Die langfristige Parteibindung wird im SOEP mit der folgenden Frage erfasst: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“ Wenn die Befragten dieses bejahen, wird im Anschluss gefragt, welcher Partei die Befragten zuneigen. Da Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft nicht für die Bundestagswahl wahlberechtigt sind, basieren sämtliche im Bericht präsentierten Analysen auf Erwachsenen (ab 18 Jahren) mit deutscher Staatsbürgerschaft.

Die Einkommenssituation der Befragten wird auf Grundlage der bedarfsgewichteten verfügbaren Haushaltseinkommen beschrieben. Diese setzen sich sowohl aus allen am Markt erzielten Einkommen wie Erwerbs- und Kapitaleinkünften zusammen zuzüglich der empfangenen staatlichen Transfers wie Kindergeld oder Arbeitslosengeld, als auch den Einkommen aus Alterssicherungssystemen wie der Gesetzlichen Rentenversicherung. Abgezogen werden die Sozialabgaben und direkten Steuern. Neben diesen monetären Einkommenskomponenten wird auch der fiktive Mietwert des selbstgenutzten Wohneigentums herangezogen. Um Skalenvorteile des Zusammen-

lebens mehrerer Personen in einem Haushalt zu berücksichtigen, werden sogenannte bedarfsgewichtete Einkommen verwendet. Dabei wird die modifizierte OECD-Äquivalenzskala unterstellt, wobei der Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1, Kinder bis zum 14. Lebensjahr ein Gewicht von 0,3 und alle weiteren Personen im Haushalt ein Gewicht von 0,5 erhalten.

Das Vermögen der Privathaushalte setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen: Sachvermögen in Form von Grundeigentum im In- und Ausland und dem Gebrauchsvermögen. Zu letzterem zählen auch Gold, Schmuck oder wertvolle Sammlungen. Neben dem Sachvermögen speist sich das Vermögen der Privathaushalte auch aus dem Geldvermögen und dem Betriebsvermögen. Um das verteilungsrelevante Nettovermögen zu erhalten, sind von diesem Bruttovermögen alle Verbindlichkeiten wie Hypotheken oder Konsumentenkredite abzuziehen. Im SOEP sind folgende Vermögenskomponenten nicht enthalten: der Wert des Hausrats und von Fahrzeugen sowie von Anwartschaften an die Alterssicherungssysteme.² Im Gegensatz zu herkömmlichen Vermögensbefragungen, bei denen die Vermögenswerte auf der Haushaltsebene erfasst werden, wird im SOEP jede erwachsene Person nach ihrem Vermögen befragt. Das heißt, es werden hier individuelle Nettovermögen ausgewiesen.³

Die Einkommens- und Vermögensposition der Parteianhänger, insbesondere die Einstufung nach Quantilen, bezieht sich auf die gesamte in Deutschland lebende Bevölkerung, einschließlich der Ausländer und der Personen unter 18 Jahren.

¹ Vergleiche zur Parteienbindung auch Kroh, M., Schupp, J. (2011): Bündnis90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei? Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 12/2011.

² Zum Umfang und der Verteilungswirkung der Anwartschaften an die Alterssicherungssysteme vergleiche Frick, J.R., Grabka, M.M. (2010): Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit – aber große Vermögenskonzentration bleibt bestehen. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 3/2010.

³ Für weitere Informationen zur Vermögensmessung im SOEP siehe Frick, J.R., Grabka, M.M. (2009): Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 4/2009.

Parteibindung nach Einkommen: starker Zusammenhang bei FDP, SPD und Die Linke

Aufbereitete Ergebnisse des SOEP stehen zurzeit bis zur Erhebung des Jahres 2011 zur Verfügung (SOEP-Version v28.1). Daher kann hier der Zusammenhang zwischen Parteibindung und Einkommen nur bis zu diesem Jahr analysiert werden. Im Vergleich zu den Ergebnissen für die Jahre davor sowie zu den Trends bei der aktuellen Sonntagsfrage zeigen sich bei der Partei-

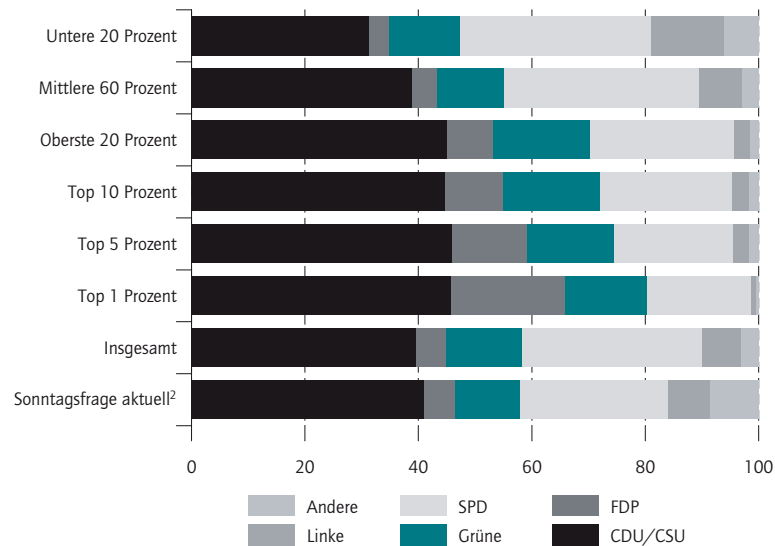
neigung im SOEP 2011 höhere Anteile bei den Grünen, aber auch bei der SPD. Und bei der Sonntagsfrage Mitte 2011 lagen vor allem die Grünen mit Stimmanteilen über 20 Prozent deutlich höher als heute.

Um den Einfluss der damaligen politischen Stimmungsausschläge (Fukushima, Atomausstieg) zu verringern und die Zahl der Beobachtungen zu erhöhen, kumulieren wir die SOEP-Wellen 2009 bis 2011 und analysieren sie nach der Höhe des äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommens (Abbildung 2, Tabelle 1). Die Er-

Abbildung 2

Parteibindung nach Höhe des Haushaltsnettoeinkommens¹ 2009 bis 2011

In Prozent



¹ Haushaltsnettoeinkommen äquivalenzgewichtet mit neuer OECD Skala. Personen ab 18 Jahre mit deutscher Nationalität.

² Durchschnitt zwischen Infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen, Ende August 2013.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel SOEPv28.1; Infratest dimap; Forschungsgruppe Wahlen; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Bei den hohen Einkommen ist die Parteibindung an die Union und die FDP am höchsten.

gebnisse der Analyse zeigen also die durchschnittliche Parteineigung in diesem Zeitraum. Sie passen recht gut zu den aktuellen Ergebnissen der Sonntagsfrage, wobei für diese und die folgenden Analysen der große Block der Menschen ohne feste Parteineigung aus den Analysen ausgeschlossen wird. Während die Unionsparteien und die Linke in der aktuellen Sonntagsfrage (Ende August 2013) etwas besser abschneiden als bei der Parteibindung der Jahre 2009 bis 2011, bleibt die SPD bei der aktuellen Sonntagsfrage mit fast sechs Prozentpunkten deutlich darunter. Auch die Grünen bewegen sich in der aktuellen Sonntagsfrage unter der Parteibindung der letzten Jahre. Die FDP liegt in der aktuellen Sonntagsfrage in etwa auf dem Niveau der Parteibindung. Für die anderen Parteien ergeben sich bei der aktuellen Sonntagsfrage deutlich niedrigere Werte als bei der Parteibindung.

Vergleicht man die Anteile der Parteien über die Einkommensklassen, so zeigt sich, dass mit zunehmenden Einkommen die Befragten immer stärker den bürgerlichen Parteien zuneigen. Im untersten Einkommensquintil bekennen sich nur gut 30 Prozent der Befragten, die eine Parteineigung angeben, zu den Unionsparteien, während es im obersten Quintil 45 Prozent sind.

Innerhalb des obersten Dezils steigt der Anteil zugunsten der Unionsparteien nicht mehr.

Die FDP ist nach den vorliegenden Analysen in der Tat die Partei von Besserverdienern. Ihre Anhängerschaft steigt mit zunehmendem Einkommen kontinuierlich. Während von allen Befragten mit Parteipräferenz gut fünf Prozent zur FDP neigen, steigt die Anhängerschaft auf zehn Prozent im obersten Dezil und auf 20 Prozent bei dem obersten einen Prozent. Union und FDP haben im obersten Dezil mit 55 Prozent eine klare Mehrheit bei der Parteibindung. Im obersten Prozent haben sie sogar eine Zwei-Drittel-Mehrheit.

Ein umgekehrtes Bild zeigt sich bei der SPD und noch ausgeprägter bei der Linke. Der Anteil der SPD-Anhänger geht von 34 Prozent im untersten Einkommensquintil auf 25 Prozent im obersten Quintil der Bevölkerung mit Parteipräferenz zurück. Innerhalb des obersten Dezils sinkt der Anteil aber nicht mehr stark. Auch im obersten einen Prozent der Bevölkerung neigen noch etwa 18 Prozent der Menschen mit Parteipräferenz der SPD zu. Bei der Linkspartei geht der Anteil der Anhänger dagegen mit zunehmendem Einkommen sehr stark zurück. Im obersten Quintil der Bevölkerung mit Parteineigung sind es nur knapp drei Prozent, gegenüber 13 Prozent im untersten Quintil. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Linke deutlich stärker als die anderen Parteien ihre Anhänger in den neuen Ländern hat, wo die Einkommen niedriger sind als im Westen.⁸

Die Grünen können im obersten Einkommensquintil der Parteianhänger mit 17 Prozent einen deutlich höheren Anteil bei der Anhängerschaft auf sich vereinigen als in den mittleren und unteren Einkommensgruppen (jeweils zwölf Prozent). Insoweit ergibt sich für die Grünen ein ähnlicher Zusammenhang zwischen Parteibindung und Einkommen wie bei den bürgerlichen Parteien. Allerdings sinkt ihr Anteil innerhalb des obersten Einkommensdezils wieder. Dieser Effekt ist allerdings nicht signifikant auf dem Fünf-Prozent-Niveau.

Reichensteuerpläne belasten die einkommensstärksten fünf Prozent

Die aktuellen Vorschläge der Oppositionsparteien zur Reform des Einkommensteuertarifs sehen höhere Steuersätze im oberen Einkommensbereich vor. Der Spitzensteuersatz soll von 45 auf 49 Prozent (SPD und Grüne) beziehungsweise 53 Prozent (Die Linke) steigen und bei deutlich niedrigeren Einkommen einsetzen als zurzeit (je nach Vorschlägen zwischen 60 000

⁸ Kroh, M., Siedler, T. (2008): Die Anhänger der „Linken“: Rückhalt quer durch alle Einkommenschichten. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 41/2008.

Tabelle 1

Parteibindung nach Höhe des Haushaltsnettoeinkommens 2009 bis 2011

Einkommensgruppe ¹	CDU/CSU	FDP	Grüne	SPD	Linke	Andere	Insgesamt
Anteile in Prozent							
Untere 20 Prozent	31,4	3,4	12,5	33,7	12,9	6,0	100,0
Mittlere 60 Prozent	38,9	4,4	11,8	34,4	7,5	3,0	100,0
Oberste 20 Prozent	45,0	8,1	17,2	25,4	2,8	1,5	100,0
Top 10 Prozent	44,8	10,1	17,1	23,4	2,9	1,7	100,0
Top 5 Prozent	46,0	13,1	15,3	21,1	2,8	1,6	100,0
Top 1 Prozent	45,9	20,1	14,3	18,4	0,8	0,5	100,0
Insgesamt	39,6	5,3	13,5	31,7	6,9	3,0	100,0
<i>Nachrichtlich:</i>							
Sonntagsfrage aktuell ²	41,0	5,5	11,5	26,0	7,5	8,5	100,0
Standardfehler							
Untere 20 Prozent	0,9	0,4	0,7	0,9	0,7	0,5	–
Mittlere 60 Prozent	0,4	0,2	0,3	0,4	0,2	0,2	–
Oberste 20 Prozent	0,6	0,3	0,4	0,5	0,2	0,1	–
Top 10 Prozent	0,7	0,4	0,5	0,6	0,2	0,2	–
Top 5 Prozent	0,9	0,6	0,7	0,8	0,3	0,2	–
Top 1 Prozent	2,0	1,6	1,4	1,6	0,4	0,3	–
Insgesamt	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2	0,1	–

1 Haushaltsnettoeinkommen äquivalenzgewichtet mit neuer OECD-Skala. Personen ab 18 Jahre mit deutscher Nationalität.

2 Durchschnitt zwischen Infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen, Ende August 2013.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel SOEPv28.1; Infratest dimap; Forschungsgruppe Wahlen; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Parteibindung an die SPD und vor allem an die Linke nimmt mit steigenden Einkommen stark ab.

und 100 000 Euro steuerpflichtiges Jahreseinkommen). Auch bei niedrigeren Einkommen, für die bisher der Steuersatz von 42 Prozent gilt (ab 53 000 Euro steuerpflichtiges Jahreseinkommen) sollen die Steuersätze steigen. Analysen des DIW Berlin zeigen, dass damit die obersten fünf Prozent der Bevölkerung in nennenswertem Umfang zusätzlich belastet würden.⁹

Angesichts dieser potentiellen Belastungen korreliert die Ablehnung von Reichensteuern durch FDP und Union mit den aufgezeigten Zusammenhängen zwischen Parteineigung und Einkommen.¹⁰ Aber auch die Grünen, die sich Reichensteuer-Erhöhrungen auf ihre Fahnen geschrieben haben, sind mit ihren Anhängern in den obersten fünf Prozent der Einkommenshierarchie noch recht stark vertreten. SPD und vor allem die Linke haben dagegen nur wenige Anhänger bei den potentiell Betroffenen. Von allen FDP-Anhän-

gern wären rund 20 Prozent von den rot-grünen Plänen für Steuererhöhungen auf hohe Einkommen betroffen, bei der Union und bei den Grünen wären es knapp zehn Prozent.

Wie Analysen zeigen, sind die zumeist gut ausgebildeten Anhänger der Grünen in den letzten Jahrzehnten in viele Bereiche mit höheren Einkommen vorgedrungen.¹¹ Sie sind relativ häufig im öffentlichen Dienst beschäftigt oder arbeiten als Angestellte in staatsnahen Bereichen, etwa in der Wissenschaft, im Sozialbereich oder als Selbständige in den freien Berufen (Rechtsanwälte, Steuerberater etc.). Insoweit haben auch die Besserverdiener unter den Anhängern der Grünen eher ein Interesse an leistungsfähigen Staatsfinanzen und höheren öffentlichen Ausgaben, zum Beispiel für Bildung und Kinderbetreuung. Daher könnten sie eher bereit sein, höhere Steuerbelastungen zu akzeptieren.

Auch grundlegendere weltanschauliche Vorstellungen zur Verteilungs- und Steuergerechtigkeit oder Einschätzungen zu den Wirkungen der Besteuerung könnten eine Rolle spielen. So dürften unter den Anhängern der

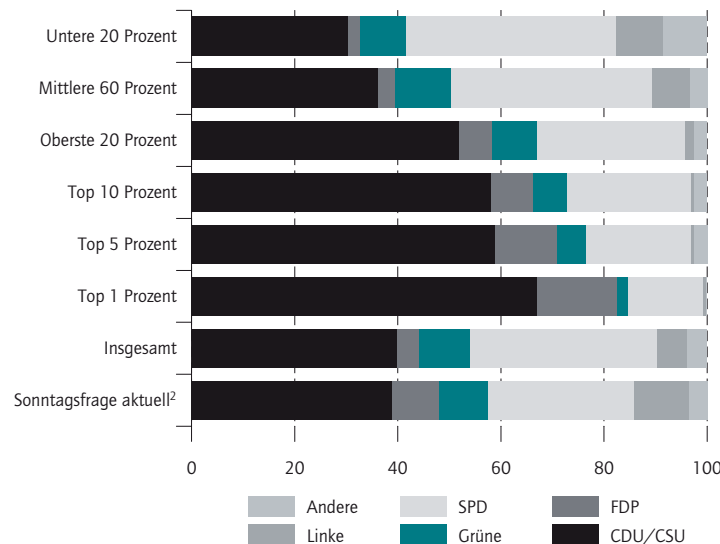
⁹ Bach, S., Haan, P., Ochmann, R. (2013): Reformvorschläge zur Einkommensteuer: Mehr echte und weniger kalte Progression. DIW Wochenbericht Nr. 30/2013. Vgl. dazu auch Peichl, A., Pestel, N., Sieglösch, S., Sommer, E. (2013): Bundestagswahlkampf 2013: Klientelpolitik durch Steuerreform? IZA Standpunkte Nr. 59.

¹⁰ Die hier vorgestellten Analysen lassen keine kausalen Aussagen in dem Sinne zu, dass die Bürger ihre Parteipräferenz an den aktuellen Steuerplänen der Parteien ausrichten. Ebenso kann auch keine umgekehrte Kausalität belegt werden, dass Parteien ihre Steuerpläne entsprechend ihrer Klientel formulieren.

¹¹ Kroh, M., Schupp, J. (2011): Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei? Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 12/2011; Peichl, A. et al. (2013), a.a.O.

Abbildung 3

Parteilbindung nach Höhe des individuellen Nettovermögens¹ 2007 In Prozent



¹ Personen ab 18 Jahre mit deutscher Nationalität.

² Durchschnitt zwischen Infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen, Jahresmitte.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel SOEPv28.1; Infratest dimap; Forschungsgruppe Wahlen; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Parteibindung an die Regierungsparteien ist bei den Wohlhabenden noch ausgeprägter.

Grünen post-materialistische und altruistische Wertvorstellungen eine größere Bedeutung haben als bei den traditionellen bürgerlichen Parteien, was für höhere Präferenzen zu staatlicher Umverteilung und öffentlichen Leistungen spricht. Ferner zeigen Analysen auf Grundlage des SOEP, dass die Anhänger der Grünen sich weniger Sorgen um die wirtschaftliche Lage machen als andere Parteianhänger.¹² Dies könnte mit geringeren Bedenken gegenüber möglichen negativen Wirkungen von Reichensteuern auf die wirtschaftliche Entwicklung einhergehen.

Parteilbindung nach Vermögen: Zusammenhang noch stärker als beim Einkommen

Der Zusammenhang zwischen Parteilbindung und individueller Vermögenssituation kann hier nur für das Jahr 2007 dargestellt werden, da zu diesem Zeitpunkt letztmalig aufbereitete Vermögensinformationen im SOEP zur Verfügung stehen. Entsprechend verschiebt sich insgesamt die Parteipräferenz zugunsten der Union

und der SPD, die zu dem damaligen Zeitpunkt eine etwas höhere Anhängerschaft hatten als in den Jahren danach. Im Gegensatz dazu war die Beliebtheit der FDP und der Grünen etwas geringer. Im Vergleich zur Sonntagsfrage Mitte 2007 weicht der Anteil der Anhängerschaft für die FDP, die SPD und die Linken besonders ab. Während bei der FDP und der Linken der Anteil der Anhängerschaft nach Angaben des SOEP nur halb so hoch ausfällt, ist die Parteilbindung unter den SPD-Wählern größer, als die Sonntagsfrage vermuten ließe.¹³

Ähnlich wie bei den Einkommen zeigt sich, dass mit steigendem Vermögen auch die Neigung zur Union zunimmt (Abbildung 3 und Tabelle 2). Im Vergleich zur Einkommenslage ist dieser Effekt bei den individuellen Vermögen aber noch deutlicher ausgeprägt. Während in der Mitte der Vermögensverteilung (mittlere 60 Prozent) etwas mehr als 36 Prozent zur Union tendieren, steigt die Anhängerschaft bis zum obersten Prozent auf 67 Prozent. Dieser Befund hat auch mit der Altersstruktur der Anhänger der Union zu tun, da mit steigendem Lebensalter gewöhnlich auch das Nettovermögen zunimmt und gleichzeitig eher konservativ gewählt wird.

Zeigt sich bei der FDP eine ausgeprägte Konzentration der Anhänger auf das oberste Prozent der Einkommenshierarchie, so fällt dieses Ergebnis bei den individuellen Vermögen etwas schwächer aus. Dennoch gilt auch hier der Zusammenhang, dass mit steigenden individuellen Vermögen die Anhängerschaft der FDP zunimmt. Während bei den Parteianhängern im untersten Quintil der Vermögensverteilung sich weniger als drei Prozent der Anhänger der FDP finden, verdoppelt sich der Wert bereits bei den mittleren Vermögensgruppen, um beim obersten Prozent der Vermögenden einen Anteil von knapp 16 Prozent zu erreichen. Damit hat die FDP mehrheitlich ihre Anhängerschaft bei dem wohlhabenden Teil der Bevölkerung, während bei der Union immerhin auch 30 Prozent der Anhänger im untersten Vermögensquintil sind.

Bei der SPD, der Linken und den sonstigen Parteien zeigt sich wie beim Einkommen der Effekt, dass mit steigendem Vermögen die Anhängerschaft dieser Parteien sukzessive abnimmt. Der jeweils höchste Anteil ihrer Anhänger findet sich beim untersten Quintil der Vermögensverteilung. Bei der SPD macht dieser Wert knapp 41 Prozent aus, die Linke kommt auf einen Anteil von rund neun Prozent für diese Vermögensgruppe. Bei den sonstigen Parteien liegt der entsprechen-

¹³ Die Sonntagsfrage bezieht sich auf den Zeitpunkt Anfang Juli 2007, während der hier analysierte Erhebungszeitraum im SOEP sich überwiegend auf das erste Halbjahr des Jahres 2007 erstreckt. Hieraus können Unterschiede zwischen Parteilbindung und potentieller Wahlentscheidung entstehen.

¹² Kroh, M., Schupp, J. (2011), a.a.O., 9.

Tabelle 2

Parteilbindung nach Höhe des individuellen Nettovermögens 2007

Struktur in Prozent

Vermögensgruppe ¹	CDU/CSU	FDP	Grüne	SPD	Linke	Andere	Insgesamt
Anteile in Prozent							
Untere 20 Prozent	30,4	2,4	8,8	40,8	9,1	8,4	100,0
Mittlere 60 Prozent	36,2	3,4	10,8	39,1	7,2	3,4	100,0
Oberste 20 Prozent	52,0	6,5	8,5	28,8	1,8	2,5	100,0
Top 10 Prozent	58,2	8,1	6,5	24,2	0,6	2,4	100,0
Top 5 Prozent	59,0	11,9	5,6	20,6	0,4	2,6	100,0
Top 1 Prozent	67,0	15,7	2,0	14,6	0,6	0,2	100,0
Insgesamt	39,9	4,2	9,9	36,4	5,9	3,8	100,0
<i>Nachrichtlich:</i>							
Sonntagsfrage ²	39,0	9,0	9,5	28,5	10,5	3,5	100,0
Standardfehler							
Untere 20 Prozent	1,9	0,6	1,2	2,3	1,2	8,4	-
Mittlere 60 Prozent	0,8	0,4	0,6	1,0	0,5	0,4	-
Oberste 20 Prozent	1,5	0,7	0,8	1,3	0,4	0,4	-
Top 10 Prozent	1,9	1,2	1,1	1,8	0,2	0,6	-
Top 5 Prozent	2,5	2,0	1,0	2,0	0,2	0,9	-
Top 1 Prozent	4,6	3,7	0,8	2,9	0,6	0,1	-
Insgesamt	0,7	0,3	0,4	0,9	0,3	0,3	-

¹ Individuelles Nettovermögen. Personen ab 18 Jahren mit deutscher Nationalität.

² Durchschnitt zwischen Infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen, Jahresmitte.

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel SOEPv28.1; Infratest dimap; Forschungsgruppe Wahlen; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Parteilbindung an die Linke ist bei den Wohlhabenden verschwindend gering.

de Wert bei etwa acht Prozent. Während bei der Linken im obersten Dezil der Vermögensverteilung kaum noch Anhänger dieser Partei zu finden sind, sind bei den Parteianhängern im obersten Vermögensdezil immerhin knapp ein Fünftel Anhänger der SPD.

Bei der Einkommensschichtung fand sich der überwiegende Teil der Anhänger der Grünen in der oberen Hälfte der Verteilung. Bei den individuellen Vermögen ist die Anhängerschaft der Grünen aber deutlich gleichmäßiger verteilt, was vermutlich auch auf die Altersstruktur zurückzuführen ist. Sowohl im unteren als auch im oberen Quintil der Vermögensverteilung finden sich knapp neun Prozent Anhänger der Grünen. Im mittleren Bereich der Vermögensverteilung steigt dieser Anteil auf knapp elf Prozent.

Im Hinblick auf die von den Grünen vorgeschlagene Vermögensabgabe und die von der SPD ins Spiel gebrachte Wiedererhebung der Vermögensteuer zeigt sich, dass die weit überwiegende Mehrheit der Anhänger der beiden Parteien nicht von solchen steuerlichen Belastungen betroffen wäre. Da die Vermögensteuern erst bei hohen Vermögen erhoben werden sollen – vorgeschlagen werden persönliche Freibeträge von einer Million Euro und mehr – wären allenfalls das reichste eine Prozent der Bevölkerung steuerpflichtig. Bei deut-

lich niedrigeren Freibeträgen wären allerdings größere Teile des obersten Vermögensdezils betroffen.¹⁴ Von der Anhängerschaft der Parteien, die die Vermögen stärker besteuern wollen, finden sich nur etwa fünf Prozent im Bereich der obersten fünf Prozent der Vermögensverteilung. Anders verhält es sich vor allem bei den Anhängern der Union, denn innerhalb der Anhängerschaft der Union sind immerhin zwölf Prozent den oberen fünf Prozent der Vermögensverteilung zuzuordnen und von den Anhängern der FDP sogar knapp ein Viertel.

Fazit

Analysen zum statistischen Zusammenhang zwischen Parteilneigung und Einkommen sowie Vermögen auf Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigen: Besserverdiener und Wohlhabende neigen den bürgerlichen Parteien zu, aber auch den Grünen.

Mit zunehmenden Einkommen steigt die Anhängerschaft der bürgerlichen Parteien, vor allem bei der FDP. Union und FDP haben im obersten Dezil der Einkom-

¹⁴ Bach, S. (2012): Vermögensabgaben – ein Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen in Europa. DIW Wochenbericht Nr. 28/2012; Bach, S., Beznoska, M. (2012): Vermögensteuer: Erhebliches Aufkommenspotential trotz erwartbarer Ausweichreaktionen. DIW Wochenbericht Nr. 42/2012.

mensverteilung mit 55 Prozent eine klare Mehrheit bei den Parteianhängern. Im obersten Prozent der Einkommenshierarchie haben sie sogar eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Aber auch die Grünen können im oberen Bereich der Einkommensverteilung deutlich höhere Anteile bei der Anhängerschaft auf sich vereinigen als in den mittleren und unteren Einkommensgruppen (17 Prozent im obersten Dezil und 14 Prozent beim obersten einen Prozent). Ein umgekehrtes Bild zeigt sich bei der SPD und vor allem bei der Linken. Hier gilt, je niedriger die Einkommenslage ausfällt, desto größer ist die Anhängerschaft bei diesen beiden Parteien (im untersten Quintil der Einkommensverteilung neigen 34 Prozent der Parteigebundenen der SPD und 13 Prozent der Linken zu).

In den oberen Vermögensklassen ist die Dominanz der bürgerlichen Parteien noch ausgeprägter. Die Unionsparteien haben hier sehr hohe Anteile, während die Anhängerschaft der FDP in den obersten Gruppen nicht so präsent ist wie beim Einkommen. Auch die Anhänger der Grünen sind bei den hohen Vermögen gut vertreten, während die SPD und vor allem die Linke deutlich abfallen.

Angesichts dieser Zusammenhänge ist es nicht überraschend, dass die bürgerlichen Parteien höhere Reichensteuern ablehnen, während die Parteien des eher linken politischen Spektrums sie fordern. Eine Sonder-

stellung nehmen Bündnis90/Die Grünen ein, bei denen auch ein nennenswerter Anteil von etwa zehn Prozent der eigenen Anhängerschaft von den vorgeschlagenen Steuerplänen betroffen wäre. Ob unter den Anhängern der Grünen altruistische Ideale eine größere Rolle spielen oder mögliche negative Auswirkungen der diskutierten Steuererhöhungen weniger wahrgenommen werden, kann nur vermutet werden.

Insgesamt werden die vorliegenden Reichensteuer-Pläne der Oppositionsparteien nur die wohlhabendsten fünf Prozent der Bevölkerung nennenswert belasten.¹⁵ Unabhängig von den Chancen einer Umsetzung steigender Steuern auf höhere Einkommen und Vermögen zeigen Studien, dass die Bevölkerung zu Fragen der Einkommens- und Steuergerechtigkeit in allen Schichten egalitärer denkt, als in der öffentlichen Meinung oder der Politik angenommen wird.¹⁶ Eine andere Frage ist, wie dann konkrete Steuerreformvorschläge wahrgenommen werden.

¹⁵ Bach, Haan, Ochmann (2013), a.a.O.; Bach, Beznoska (2012), a.a.O.

¹⁶ So geben etwa drei Viertel der Bevölkerung an, dass ein Manager im Vorstand eines großen Unternehmens im Vergleich zu anderen Gruppen zu wenig an Steuern zahlt. Vgl. Schupp, J., Wagner, G.G. (2005): Gerechtigkeit der Einkommensbesteuerung aus Sicht der Bürger. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 29/2005.

Stefan Bach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Staat am DIW Berlin | sbach@diw.de

Markus M. Grabka ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | mgrabka@diw.de

PARTY IDENTIFICATION: AFFLUENT VOTERS SUPPORT CDU/CSU AND FDP—AND THE GREENS

Abstract: Using data from the Socio-Economic Panel Study (SOEP), it is possible to analyze the statistical correlation between an individual's political party identification and their income and wealth. The analysis indicates that higher earners and more affluent individuals tend to support the Christian Democratic Union of Germany/Christian Social Union of Bavaria (CDU/CSU) and the Free Democratic Party (FDP), but an above average number also identify with the Greens. The situation is the reverse for the Social Democratic Party of Germany (SPD) and, particularly, for the Left Party (Die Linke). The lower the income and individual's net wealth, the more pronounced their support for both of these political parties.

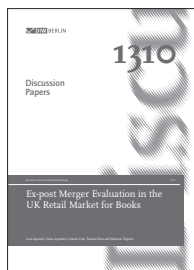
JEL: P16, D31, Z13

Keywords: Party identification, distribution of income and wealth

Tax policy proposals by the various political parties are at the heart of the current national election campaign and reveal major differences between the parties. The center-right parties reject tax increases for the rich while the parties to the left of the political spectrum are in favor of such a step. Supporters of the Greens (Bündnis90/Die Grünen) occupy a special position as a considerable share of these would be personally affected by the proposed tax plans. The current "wealth tax" plans proposed by the opposition parties will, however, only have a significant impact on the most affluent five percent of the population.

Discussion Papers Nr. 1310

2013 | Luca Aguzzoni, Elena Argentesi, Lorenzo Ciari, Tomaso Duso and Massimo Tognoni



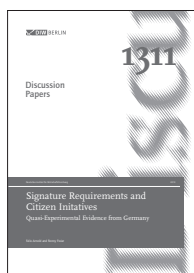
Ex-post Merger Evaluation in the UK Retail Market for Books

This paper empirically evaluates the price effects of the merger of two major book retail chains in the UK: Waterstone's and Ottakar's. We employ differences-in-differences techniques and use a rich dataset containing monthly scanner data information on a sample of 200 books sold in 60 stores in 50 different local markets for a period of four years around the merger. Since retail mergers may have either local or national effects (or both) according to the level at which retail chains set prices, we undertake an ex-post assessment of the impact of the merger at both levels. At the local level, we compare the changes in the average price charged before and after the merger in the shops located in overlap areas – i.e. areas where both chains were present before the merger – and in non-overlap areas – i.e. areas where only one chain was present before the merger. At the national level, we employ two distinct control groups to evaluate the merger, namely the competitors and the top-selling titles. We find that the merger did not result in an increase in prices either at the local or at the national level. We also perform heterogeneous treatment effects estimations in order to assess whether the effect of the merger differs along various dimensions of heterogeneity that are present in our data.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 1311

2013 | Felix Arnold and Ronny Freier



Signature Requirements and Citizen Initiatives: Quasi-Experimental Evidence from Germany

Signature requirements are often used as hurdles to prevent overuse of public referenda. We evaluate the causal effect of lowering signature requirements on the number of observed citizen initiatives. Based on municipality-level data for Germany, we make use of legislative changes at specific population thresholds to build an identification strategy using a regression discontinuity design. We find that reducing the signature requirement by 1 percentage point increases the probability of observing an initiative by 8–10 percentage points. The results are robust to a variety of tests. Importantly, we go into great detail to rule out other potential confounders.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Prof. Dr. Claudia Kemfert,
Leiterin der Abteilung Energie,
Verkehr, Umwelt

Der Beitrag gibt die Meinung der
Autorin wieder.

Und ewig grüßt das Murmeltier: Warum das EEG nicht abgeschafft werden darf

Seit einiger Zeit wird immer wieder von unterschiedlicher Seite gefordert, die Förderung erneuerbarer Energien mittels fester Einspeisetarife abzuschaffen und stattdessen ein Quotenmodell einzusetzen, das Stromproduzenten zur Produktion einer bestimmten Menge an Ökostrom verpflichtet. Jüngst hat sich die Monopolkommission dieser Meinung angeschlossen. Dem EEG wird insbesondere vorgeworfen, dass es zu hohen Preisen und Mitnahmeeffekten und somit zu starken Belastungen der Verbraucher führe. Zudem fördere es ineffiziente Technik und biete kaum Anreiz für Innovationen.

Wie das DIW Berlin bereits in einer Studie im Herbst 2012 umfassend deutlich gemacht hat, ist das Quotenmodell kein geeigneter Ersatz für das EEG und kann auch die geforderten Effekte nicht erreichen, aus den folgenden Gründen: 1. Durch das Quotensystem steigt das Investitionsrisiko. Investoren werden Risikoaufschläge verlangen, weil sie keine Planungssicherheit mehr haben. Dadurch erhöhen sich die Kosten und somit die Strompreise. 2. Das EEG gibt feste Vergütungssätze vor, die sich im Zeitablauf vermindern. Dadurch sinken die Kosten, es entsteht ein Kostendruck auf die Produzenten. Zusammen mit der Zunahme von Skaleneffekten führt dies zu technologischem Fortschritt und Lernkurveneffekten, die die Kosten weiter senken. Beides konnte man in den letzten Jahren bei der Windenergie und – besonders eindrucksvoll – bei der Photovoltaik beobachten. Dies ist gut für die Verbraucher, erhöht jedoch den Wettbewerbsdruck auf die Produzenten. 3. Ein deutlicher Ausbau erneuerbarer Energie, der unterschiedlichste Technologien einsetzt und langfristig stabil ist, lässt sich mit einem Quotensystem kaum erreichen. Der Vergleich mit anderen Ländern zeigt, dass weder Ausbauziele noch Kosteneffizienz, noch Innovationen, noch Systemflexibilität erreicht werden konnten. In England haben Stromkonzerne zunächst Strafzahlungen geleistet, ohne erneuerbare Energien auszubauen. Erst mit erhöhten Forderungen seitens der Regierung kam es zu einem Ausbau

von Offshore-Windenergie, allerdings zu deutlich höheren Kosten als in Deutschland. Aus diesem Grund hat sich England schrittweise vom Quotensystem verabschiedet und führt nun ein Einspeisesystem wie in Deutschland und dem Großteil aller EU-Länder ein. In Schweden wird ein Großteil des Stroms aus Wasserkraft hergestellt. Das Quotensystem hat nur zu einem geringen Zuwachs neuer Anlagen geführt, aber zu erheblichen Extragewinnen (Windfall-Profits) der Stromerzeuger und Zusatzkosten für die Verbraucher. Ein Quotensystem führt also nicht automatisch zu niedrigeren Strompreisen für die Verbraucher.

Ein weiterer Nachteil eines Quotensystems ist, dass es große Stromproduzenten bevorzugt. Durch die Einspeisevergütung sind nicht nur in Deutschland viele kleinere und mittelständische Anbieter wie auch Bürgerenergiegenossenschaften in den Markt gekommen, die im Rahmen eines Quotensystems verdrängt werden würden. Studien aus anderen Ländern belegen, dass die Einführung eines Quotensystems aus Wettbewerbssicht problematisch sein kann. Die Quote würde die Energiewende eher abwürgen. Da die laufende Vergütungsabsenkung ohnehin erfolgt und Bestandschutz herrscht, ist es nicht zielführend, das EEG komplett zu ersetzen. Vielmehr ist es für eine erfolgreiche Energiewende in Deutschland dringend erforderlich, das existierende System hin zu mehr Flexibilität zu erweitern: Erneuerbare Energien müssen mehr Systemverantwortung übernehmen, es geht um eine gleichmäßigere Produktion von Strom und einen optimierten Netzausbau, um ein aktives Lastmanagement und eine intelligente Steuerung von Angebot und Nachfrage. Zudem wird mittelfristig ein systemdienlicher Betrieb von Speichern notwendig sein. Konventionelle Kraftwerke müssen flexibel hoch- und heruntergefahren werden können und sich viel stärker als bisher an den Einsatz erneuerbarer Energien angleichen. All diese Ziele erreicht man nicht mit einer Quote, sondern mit einer Anpassung des Marktdesigns und des EEG.